Stolper Post

Tageszeitung für Stadt und Land

Amtliches Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 67 | Mittwoch, den 19. März 1924. | 48. Jahrgang

Der Hitler-Prozeß.

München, 18. März.

Da weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Verteidigung weitere Beweisanträge gestellt waren, so konnte heute endlich die Beweisaufnahme geschlossen werden.

Ludendorff und Faulhaber.

Zu Beginn der Sitzung verliest General Ludendorff ein Schriftstück, das sich gegen Kardinal Faulhaber wendet. Es sei unrichtig, wenn Kardinal Faulhaber sage, Ludendorff hätte ausgeführt, daß Faulhaber Bayern und Oesterreich zusammenbringen wolle. Was die Versenkung der „Lusitania" und den deutschenEinmarsch in Belgien anlangt, so ist Ludendorffs Anschauung über das Verhalten Faulhabers zu diesen Dingen aus der Lektüre Neuyorker Blätter, namentlich der Neuyorker Staatszeitung, entstanden, die in einigen zur Verlesung kommenden Proben die von Ludendorff wiedergegebene Ansicht teilt. Ludendorff erklärt ferner, daß er sich überzeugt habe, daß in der Königsder Nacht vom 8. zum 9. November nicht, wie er es zuerst angenommen hatte, einen Einfluß auf Kahr ausgeübt habe, und schließlich gibt der General noch eine Erklärung ab, in der an den für das Vaterland gefallenen Scheubner-Richter — einer Erklärung Lossows gegenüber ehrende Bemerkungen richtet.

Die völkische Diktatur.

Die völkische Diktatur betrachtet Ludendorff als Ausdruck des Volkswillens. Kampfgemeinschaft führt zur Volksgemeinschaft. Befragt, ob er Hitlers Worte in der Bürgerbräuversammlung so aufgefaßt habe, daß damit die Bildung der neuen Regierung vollzogen war, erklärt er, daß er nicht an eine endgültige Bildung der neuen Regierung, sondern nur gewissermaßen an einen Vorläufer des Kommenden geglaubt habe.

Der Vorsitzende weist auf einen Artikel des „Völkischen Beobachters" vom 9. November mit der Ueberschrift „Hitler und Ludendorff proklamieren die Diktatur" hin, der also gewissermaßen eine Willensmeinung Ludendorffs und Hitlers zum Ausdruck bringt.

Schluß der Beweisaufnahme.

Zum Schluß der heutigen Sitzung weist der Staatsanwalt Ehardt nochmals darauf hin, daß der Putsch nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch schwere Folgen gehabt habe, worauf Hitler aufgeregt entgegnet:

Selbstverständlich hat der Putsch schwere Folgen gehabt, das war ja auch die Absicht. Unser Putsch sollte die Regierung hinwegfegen, die seit fünf Jahren zur Freude des Auslandes im Bunde mit dem Marxismus Deutschland zu Tode regiert. Wir haben gerade die Absicht gehabt, unserem Lande die Freiheit wiederzugeben und es von der Knechtschaft zu befreien. Hätten wir andere eigennützige Zwecke im Auge gehabt, dann würde es für uns alle nur hier eine Strafe geben, nämlich den Tod.

Damit war die Beweisaufnahme in diesem Prozeß zu Ende. Die nächste Sitzung ist Freitag 8,30 Uhr.

———:———

Zeigner auf der Anklagebank.

Leipzig, 18. März. Im Prozeß gegen den ehemaligen sächsischen Minister Dr. Zeigner und Genossen wurde heute in der Beweisaufnahme fortgefahren. Es wird zunächst der Fall Brand behandelt. Angeklagter Möbius erzählt, er sei an Brand herangetreten und habe gesagt: „Machen Sie mir ein Gesuch an das Justizministerium. Ich werde es Herrn Dr. Zeigner selbst vortragen." Das Gesuch sei in einem offenen Umschlag gewesen. Er habe es Herrn Dr. Zeigner weitergegeben, aber 5000 Mark, die dem Gesuch beilagen, herausgenommen. Er habe angenommen, daß das Geld für ihn bestimmt gewesen sei. Später sei Brand an ihn herangetreten, er solle mit ihm nach Dresden fahren, da er persönlich mit Dr. Zeigner sprechen wolle. Sie hätten sich dann zusammen nach Löschwitz begeben. Er, Möbius, habe Dr. Zeigner ins Cafee Lippold bestellt, wo Brand wartete. Vorher habe er gesehen, daß Brand im Briefumschlag das Geld, 15 000 Mark, hatte. Auf die Frage, was er damit wolle, habe Brand erwidert: „Es Dr. Zeigner schenken. Wenn er es nicht will, ist es Dein." Als Dr. Zeigner kam, habe er sich gar nicht erst gesetzt. Brand überreichte das Couvert mit den Worten: „Hier Herr Doktor, ein Gesuch." Zeigner habe es angenommen und sich entfernt. Da er, Möbius, wußte, was der Umschlag enthalten habe, sei er ihm nachgegangen und habe ihm gesagt: „Herr Doktor, da ist Geld drin." Darauf habe dieser zwei Pakete von 5000 Mark herausgenommen und ihm gegeben. Diese 10 000 Mark habe er behalten, da Brand ja gesagt habe, ... dann ist es Dein. Am 5. November 1921 sei Brand verhaftet worden. Am folgenden Tage habe er das von Frau Brand erfahren. Er habe darauf am Sonntag Dr. Zeigner in seiner Wohnung besucht. Dr. Zeigner habe gesagt, Frau Brand solle ein Gesuch machen. Er hätte er widert, er kenne die Frau doch nicht. Darauf habe Dr. Zeigner selbst einen Entwurf gemacht, den Frau Brand nachher abgeschrieben habe. Den Entwurf habe er auf eigenen Antrieb, nicht wie er früher gesagt habe, auf Geheiß Dr. Zeigners verbrannt.

Nachdem Brand aus der Haft entlassen wurde, habe er gesagt, er wolle sich Dr. Zeigner gegenüber erkenntlich zeigen. Brand habe einen Zentner Mehl für sich und einen für Dr. Zeigner gehabt; da er aber das Mehl Dr. Zeigner nicht geben durfte, habe er es verkauft und das Geld für sich verwendet. Am Tage vor Weihnachten habe er eine Zusammenkunft Brandes mit Dr. Zeigner vermittelt. An einer Haltestelle der Straßenbahn hätten sie sich getroffen. Brand habe eine Gans in einem Paket gehabt. Brand habe das Paket Dr. Zeigner überreichen wollen mit den Worten: „Hier Herr Doktor, eine Weihnachtsgans." Dr. Zeigner habe das bestimmt zurückgewiesen. Darauf habe Brand das Paket Dr. Zeigner in den Arm gelegt und gute Nacht gesagt. Dr. Zeigner habe nach anfänglichem Widerstreben schließlich doch die Gans in seinen Koffer gepackt.

Zeigner.

sagte zu dem Fall Brand, bei seiner Zusammenkunft mit Möbius, Brand und Lippold habe Brand ihm über den Tisch ein Couvert zugeschoben, das so dick war, daß außer dem Gesuch noch etwas anderes enthalten sein mußte. Dies geschah nach seinem Begriff in einer durchaus plumpen, vertraulichen Weise. Er habe das Gefühl gehabt, hier ist etwas nicht sauber. Zeigner erklärte, eigentlich hätte ich das Couvert aufreißen müssen. Ich war aber, glatt gesagt, zu feige dazu. Auf der Straße habe er das Couvert geöffnet und festgestellt, daß es Geld enthielt. Er habe Möbius ersucht, das Geld sofort zurückzutragen. Da Möbius dies für unrichtig hielt, weil Brand ein reicher Mann sei, habe er ihn, Möbius, veranlaßt, daß er zunächst den Mund halte und ihm einen Teil des Geldes aus dem Couvert gegeben, mit der Aufforderung, ihn nun in Ruhe zu lassen. Im Sommer darauf habe er in Leipzig Möbius den Rest des Geldes, 7000 Mark, gegeben, mit dem Auftrag, es Brand zurückzugeben. Als er am 23. Dezember nach Leipzig gefahren sei, habe ihn Brand zu seiner Ueberraschung am Bahnhof erwartet. Es sei ihm wie eine Ohrfeige gewesen, als Brand sagte: „Hier, Herr Doktor, haben Sie eine Weihnachtsgans!" Dr. Zeigner erklärte weiter, er habe sich äußerst ungeschickt benommen und sei auch entschlossen gewesen, noch an diesem Tage mit Brand Rücksprache zu nehmen, habe dieses aber immer als unangenehm aufgeschoben. Maßgebend dafür, das Gnadengesuch Brands zu befürworten, sei der Umstand gewesen, daß Brand 65 Jahre alt und ein verbrauchter Mann und zudem seine, Zeigners Auffassung, war, daß Freiheitsstrafen bei älteren Personen überhaupt auszusetzen seien.

Nach einer viertelstündigen Pause folgt die Beweisaufnahme zu dem Fall Brand. Der Zeuge Brand ist, da er sehr schwer leidend ist, kommissarisch vernommen worden. Brand will zunächst den Angaben des Möbius, daß er Gnadengesuche vermitteln könne, keinen Glauben geschenkt haben, dann aber erfahren haben, daß Möbius zu Dr. Zeigner Beziehungen hätte. Brand erklärte weiter, Möbius habe ihm ein Gnadengesuch in zwei Exemplaren gemacht, von denen Dr. Mälzer das eine dem Ministerium senden sollte, während er das andere Möbius in einem Umschlag gab, dem er 5000 Mark beifügte. Er habe annehmen können, daß der Minister das Geld durch die Vermittlung Möbius in Empfang nehme und so die Begnadigung dann erfolgen werde.

———:———

Vor den Wahlen.

Die preußischen Gemeindewahlen.

Berlin, 18. März. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist die Mehrheit der Parteien des Preußischen Landtages bereit, den Wahltermin der preußischen Gemeindewahlen, der ursprünglich auf den 4. Mai festgelegt war, jetzt aber mit der Reichstagswahl zusammenfallen würde, zu ändern. Voraussichtlich werden die Gemeindewahlen in Preußen 2 bis 3 Wochen nach der Reichstagswahl stattfinden.

Ein völkischer Block in Baden.

Berlin, 18. März. Nach einer Drahtung aus Karlsruhe wurde dort am Sonntag eine „Deutsche Partei in Baden" gegründet, die dem völkischen Gedanken dienen soll. Es wurde beschlossen, vom 1. April ab in Karlsruhe eine völkische Zeitung herauszugeben. Unter Führung der „Deutschen Partei in Baden" soll im Benehmen mit anderen völkischen Gruppen ein völkischer Block für die Wahlen proklamiert werden. Wie weit sich die neue Partei mit den badischen Deutschnationalen in Verbindung gesetzt hat, ist vorerst noch nicht zu ermitteln.

Kandidaturen.

Berlin, 8. März. Wie aus Hamburg gemeldet wird, wurde dort der Direktor der Werft Blohm und Voß, Gok, als Spitzenkandidat für den deutschnationalen Reichstagswahlvorschlag aufgestellt. Spitzenkandidat des Hamburger Wahlkreises bei der letzten Reichstagswahl war bekanntlich Dr. Helfferich.

Berlin, 18. März. Wie aus München gemeldet wird, wurde der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld von der Bayerischen Volkspartei als Spitzenkandidat der Reichsliste aufgestellt.

Die Regierungsumbildung in Mecklenburg.

Der mecklenburgische Landtag ist Montag nachmittag zusammengetreten. Zum Präsidenten wurde der deutschnationale Forstmeister Iven gewählt. Das Kabinett Stelling ist zurückgetreten. Die neue Regierung ist noch nicht gebildet. Es heißt, daß sie nur noch aus drei Ministern bestehen soll. Es wurden folgende Namen genannt: Inneres und Justiz von Brandenstein, früherer Gesandter und Vorsitzender des Mecklenburgischen Landbundes (deutschnational), Landwirtschaft und Finanzen Amtsgerichtsrat a. D. von Oertzen (deutschnational), Mitglied des Landtages, Kultus und Unterricht Pastor liz. Stamm-Rostock (Deutsche Volkspartei). Die Freiheitspartei hat sich bereit erklärt, die Regierung zu unterstützen und auch den Haushalt zu bewilligen.

———:———

Von der „Stahlhelm"-Tagung.

Der Landesverband Ostsee des „Stahlhelm" teilt uns über die von uns bereits veröffentlichten Hallenser Entschließungen des Stahlhelmbundes hinaus die folgenden weiteren Entschließungen mit:

Der am 8. März 1924 zusammengetretene Bundesvorstand und die am 9. März 1924 nach Halle in Neumarkts Schützenhaus einberufene Hauptversammlung des „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, haben mit Befremden von dem Inhalt des „Wahlrüstzeuges" der Deutschvölkischen Freiheitspartei Kenntnis genommen, in dem auf Seite 18 ein ungenannter Verfasser es unternimmt, dem „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, völkische Zensuren zu erteilen.

Wir Frontkämpfer, die wir um unser Vaterland und deutsches Volkstum vier Jahre gekämpft, geblutet und gelitten haben, verbitten uns derartige Urteile auf das entschiedenste.

Die Bestrebungen, den „Stahlhelm" parteipolitisch zu zersetzen und damit das Knochengerüst der deutschen Freiheitsbewegung zu gefährden, stehen in ihrer Wirkung auf der gleich tiefen Stufe wie die marxistische Propaganda während des Weltkrieges im deutschen Heere, denn sie zerstörten die so bitter notwendige Manneszucht, ohne die niemals die Freiheit unseres Vaterlandes erkämpft werden kann.

Wem diese unsere Auffassung nicht paßt, mag gehen.

Der „Stahlhelm" wird durch das Ausscheiden dieser Spaltpilze nur stärker und geschlossener werden.

„Also Hände weg vom Stahlhelm."

Telegramme an Exz. Ludendorff.

Die am 9. März 1924 nach Halle in Neumarkts Schützenhaus einberufene Hauptversammlung des „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, versichert seinem großen Führer in dem Weltkriege unerschütterliche Treue.

Mag kommen, was da will, wir alten Frontsoldaten stehen zu Ew. Exzellenz, eingedenk des Hindenburgwortes: „Die Treue ist das Mark der Ehre!"

Der Kampf gegen die Schuldlüge.

Die am 9. März 1924 in Halle tagende Hauptversammlung des „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, richtet an die Reichsregierung im Namen des gesamten deutschen Stahlhelm folgende Forderungen:

1. Ungesäumt endlich den Kampf gegen die Schuldlüge aufzunehmen und die Kriegsschuldfrage aufzurollen.

   Die Reichsregierung hat das Geständnis derSchuld Deutschlands am Weltkriege im Versailler Vertrag als eine unter Drohungen erpreßte Unwahrheit zu bezeichnen und sich im Namen des deutschen Volkes davon loszusagen.

2. Mit der Kriegsschuldlüge steht und fällt der Schandfrieden von Versailles. Schärfster unausgesetzter Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles.
3. Einstellung der Reparationszahlungen unter Hinweis auf die Erklärung Englands (Baldons) im Unterhaus: „Es ist für Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Unmöglichkeit, Reparationen zu leisten."

Diese unerschwinglichen Reparationsleistungen müssen die stabilisierte Währung zu Grunde richten. Was dann folgt, ist das wirtschaftliche und politische Chaos.

—:—

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Grundgehälter um dreizehn Prozent.

Berlin, 18. März. Das Reichskabinett hat heute nachmittag zu der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter in einer Kabinettssitzung Stellung genommen und seine Stellungnahme in einem präzisen Vorschlag festgelegt, der heute abend noch dem Reichsrat unterbreitet wurde. Nach dem neuen Regierungsvorschlag sollen die Grundgehälter der Beamten um 13 Prozent erhöht werden, ferner sollen die Ortszuschläge erhöht werden auf 80 Prozent von Dreivierteln der früheren Wohnungsgelder, die im Frieden gezahlt wurden. Endlich sollen die sozialen Beihilfen ebenfalls erhöht werden, und zwar die Kinderzuschläge auf 13, 15, 17 Mark, also um 2,5 Mark pro Monat, und die Frauenzulage von 7 auf 8 Mark pro Monat.

Da die Vertreter der Länder bei der Eile, in der die Vorschläge gemacht wurden, heute nicht mehr in der Lage waren, mit ihren Regierungen in Verbindung zu treten, beschloß der Reichsrat, erst am Donnerstag nachmittag zur Erledigung der neuen Beamtengehälter wieder zusammenzutreten.

Die Verhandlungen mit den Beamten am Montag abgebrochen.

Montag fanden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Beamtenspitzenorganisationen über die Erhöhung der Beamtengehälter statt. Wie vorauszusehen war, führten sie nicht zu dem von der Beamtenschaft gewünschten Ergebnis. Die Regierung schlug den Organisationen eine Erhöhung der Grundgehälter von 10 Prozent, eine Erhöhung der Kinderzulagen um 2 Mark und eine Umwandlung des bisherigen Ortsklassenzuschlages in einen Wohnungsgeldzuschuß vor. Die Organisation erklärte, die Vorschläge der Regierung vor ihren Mitgliedern nicht verantworten zu können und lehnten sie ab. Die Verhandlungen wurden infolgedessen vorläufig abgebrochen.

—:—

Preußischer Landtag.

Berlin, 18. März.

Der Landtag ist heute wieder zusammengetreten, allerdings nur zu einer kurzen Tagung, da das Haus beabsichtigt, sich bis Freitag nach Ostern zu vertagen. Zu Beginn der Sitzung beantragten die Kommunisten die Vorwegberatung ihrer Anträge, die in der Hauptsache auf den Erlaß einer allgemeinen Amnestie herauslaufen. Dieses Verlangen wird jedoch von der Mehrheit des Hauses abgelehnt. Unter großer Heiterkeit fordert der kommunistische Abgeordnete Schulz-Neukölln, daß der Landtag seine sofortige Auflösung beschließen solle.

Das Haus berät dann die Vorlage über die Fortführung der Bauten auf der Berliner Museumsinsel. Die Mittel dazu sollen aus einer Lotterie nach dem Muster der Kölner Dombau-Lotterie aufgebracht werden.

Die Vorlage wird angenommen. Nach Erledigung kleiner Sachen vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr.

—:—

Die unerträglichen Besatzungskosten.

Fast 1,5 Milliarden Goldmark.

Auf eine Anfrage im Reichstag hin veröffentlicht die Reichsregierung nähere Angaben über die geradezu unerhörten Kosten, die die Besatzung uns verursacht.

Die sogenannten inneren Besatzungskosten betragen bis Ende 1922 insgesamt 911 328 181 Goldmark, im Kalenderjahr 1923 418 414 836 Goldmark. Die Alliierten haben sich in den Jahren 1922 und 1923 an den im sogenannten Finanzministerabkommen vom 11 März 1922 vereinbarten Höchstbetrag von 220 Millionen Goldmark nicht gehalten.

Die Höhe der monatlich an die Besatzungsarmeen bezahlten Markvorschüsse beträgt zurzeit rund 7 Millionen Goldmark. Ein Verwendungsnachweis für die gezahlten Markbeträge wird von den Empfängern nicht geliefert. Seit Januar 1923 haben Beschlagnahmungen von öffentlichen und privaten Geldern seitens der Einbruchsmächte als Ersatz für die seit Januar 1923 eingestellten Markvorschußzahlungen stattgefunden und zwar in 370 Fällen von insgesamt 50 Millionen Goldmark.

Unerhörte Aufwendung für Bauten.

Wie es weiter in der Veröffentlichung der Reichsregierung heißt, belaufen sich seit dem 1. Oktober 1923 die Aufwendungen für militärische Anlagen, Bauten usw. für das altbesetzte Gebiet auf 29 212 438 Goldmark, für das neubesetzte Gebiet auf 212 219 Goldmark. Zurzeit stellt man u. a. folgende Anforderungen:

In Bochum für eine Artilleriekaserne 4 Millionen Goldmark; in Düsseldorf für den Bau eines Umschlagschuppens 300 000 Goldmark, für eine Artilleriekaserne 3 Millionen Goldmark; in Dortmund für eine Artilleriekaserne 4 Millionen Goldmark, 1 Polizeipräsidium 180 000 Goldmark, 2 Ställe für je 70 Pferde 205 000 Goldmark, 1 Warenschuppen 110 000 Goldmark.

Insgesamt erreichen die zurzeit vorliegenden Anforderungen die Höhe von 25 355 000 Goldmark. Es kommen hinzu vollständig auszustattende Quartiere für Generäle usw. Die Belastung des Reiches aus Erstattung von Reqquisitionen und aus sonstigen Entschädigungen für den Unterhalt der Besatzungstruppen an die Kommunen oder die Bevölkerung beläuft sich im Kalenderjahr 1923 für das besetzte Gebiet auf 52 800 975 Goldmark, für das neubesetzte Gebiet auf 41 952 999 Goldmark.

—:—

Deutschnationaler Parteitag in Hamburg.

Der außerordentliche Parteitag am 1. April in Hamburg dient als Auftakt für die Wahlen. Geschäftliche Angelegenheiten, wie Erledigung von Anträgen usw. können auf diesem eintägigen außerordentlichen Parteitag nicht verhandelt werden.

Tagesordnung:

Sonntag, 30. März, 3 Uhr nachmittags:
Kundgebung der Bismarckjugend mit Fahnen in Friedrichsruh. Begrüßung durch Fürst Otto von Bismarck. Redner: Abg. Laverrenz, Sievekiug und Auslandsdeutsche.

Montag, 31. März, 10 Uhr vormittags:
Reichsvertretertag der Bismarckjugend im Restaurant Bansa, Besenbinderhof.

Montag, 31. März, 4 Uhr nachmittags:
Parteibeamtentagung im Gewerbehaus am Holstenwall. „Vorbereitung zum Wahlkampf."

Montag, 31. März, 7,30 Uhr nachmittags:
Begrüßungsabend im Zirkus Busch. Musikvorträge, Ansprachen, gemeinschaftlicher Gesang, Heldenschauspiel „Bismarck".

Dienstag, 1. April, 9,30 vormittags:
bei Sagebiel, Drehbahn:

Außerordentlicher Parteitag.

1. Eröffnung des Parteitages durch den Parteivorsitzenden Staatsminister Hergt.
2. Begrüßungsansprache: Dr. Lienau, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg D. N. V. P.
3. Begrüßungsansprache des Fraktionsvorsitzenden der Hamburger Bürgerschaft Dr. Koch.
4. Begrüßungsansprachen der Gäste aus dem Grenz- und Ausland.
5. „Unser Wahlprogramm". Redner: Staatsminister Hergt.
6. Aussprache.

Mittagspause von 1,45 bis 3 Uhr.

7. „Völkisch und vaterländisch. Die Deutschnationale Volkspartei an die deutsche Jugend." Redner: Oberstleutnant a. D. Duesterberg.
8. Aussprache.

Schluß 5,30 Uhr.

Dienstag, 1. April, 7,30 Uhr abends:
Oeffentliche Kundgebung in sämtlichen Räumen von Sagebiel und in anderen Sälen Hamburgs, die noch bekanntgegeben werden. Redner im großen Saal von Sagebiel: Abg. Schlange-Schöningen. Die übrigen Redner werden noch genannt.

Mittwoch, 2. April, vormittags:
Auf Wunsch bei genügender Beteiligung Hafenrundfahrt und Besichtigung der Werft Blohm u. Voß und des Elbtunnels.

Wohnungen sind nur anzumelden an den Wohnungsausschuß des Landesverbandes Hamburg, Ferdinandstraße 68, 4. nicht an die Hauptgeschäftsstelle. Der Wohnungsausschuß des Landesverbandes Hamburg bittet, die Wohnungsanmeldungen möglichst bis zum 20. März nach Hamburg einzusenden.

Der Franken oder die Ruhr.

Das Ruhrgebiet muß aufgegeben werden.

Seit dem katastrophalen Frankensturz beginnt sich in einigen französischen Köpfen doch die Einsicht Bahn zu brechen, daß der Ruhreinmarsch, gelinde gesagt, ein Schlag ins Wasser war. So schreibt der als Autorität in Finanzfragen anerkannte Abgeordnete Blum über das Frankenproblem folgendes:

„Die Regierung hat endlich getan, was der Deputierte Auriol bereits vor vier Wochen ihr zu tun anriet. Sie hat um die Hilfe der Banque de France gebeten, deren Kredit im Auslande größer ist, als der des Herrn Poincaree. Die Banque de France hat sich an ihre amerikanischen und englischen Geschäftsfreunde gewandt und sich durch Anleihen die nötigen Monöveriersonds verschafft. Man hat Pakete von Pfunden und Dollars auf den Markt geworfen, was natürlich zur Folge haben mußte, daß der Kurs für das Pfund und den Dollar plötzlich zurückging.

Unter welchen Bedingungen ist dieser Aufwand geschehen? Vielleicht durch Verpfändung eines Teiles der Goldreserven der Banque de France, ganz sicher aber durch die Zusage, daß endlich einmal ein vollständiges Programm für die Reparationen aufgestellt werden muß. Was das bedeutet? Zunächst einmal, daß wir ohne Hilfe unserer Bundesgenossen nichts ausrichten konnten. England und Amerika haben uns gezeigt, daß wir trotz des Ruhrunternehmens unfähig sind, uns allein zu helfen. Dann aber bedeutet dieses Arrangement noch etwas anderes. Wieder einmal müssen wir die Reparationen für die Ruhraktion bezahlen. Die ganze Operation ist nichts anderes als eine Werbespekulation. Jeder auch nur halbwegs Sachverständige weiß, daß dieses Manöver nur dann etwas helfen kann wenn es dazu beiträgt, die Kosten des täglichen Lebens zu verringern.

Es genügt nicht, einige Baissiers zu ruinieren. Gegen die psychologischen und politischen Ursachen der finanziellen Krise bleibt auch Morgan machtlos. Wir müssen das Vertrauen der Welt gewinnen, nicht durch Spekulationen, sondern durch Taten. Wir müssen — und zwar ohne lange damit zu warten! — erklären, daß wir bereit sind, die Vorschläge der Sachverständigen anzunehmen und die wirtschaftliche Reorganisation Deutschlands zu fördern, eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems zu akzeptieren, das heißt, von allen diplomatischen Redensarten losgelöst: wir müssen das Ruhrgebiet aufgeben. Entweder der Franken oder die Ruhr — Frankreich muß wählen.

—:—

Die „polnische Ostsee".

Warschau, 18. März. „Kurier Warszawski" schreibt in einem Leitartikel u. a. folgendes: Wir müssen endlich der Wahrheit offen ins Gesicht sehen und uns klar und nüchtern bewußt werden, daß das heutige Danzig eine überaus deutsche Stadt mit großer Mehrheit von Einwohnern ist, die im preußischen Geist erzogen worden sind, und daß sie alle nichts so sehr bedauern, als daß ihr Schicksal mit dem von ihnen verhaßten Polen verknüpft ist. So ist es heute, und so wird es morgen sein, und so auch lange Jahre. Einige polnische Abgeordnete mehr oder weniger im Danziger Volkstag werden an diesem Sachverhältnis nichts ändern. Es ist klar, daß Polen in Danzig unter diesem Sachverhalt der Lage nicht Herr werden kann, so wie dies eigentlich in seinem einzigen Meereshafen sein müßte. Das einzige erfolgreiche Mittel, das wir unter den jetzigen Umständen anwenden können, ist das, sich von Danzig unabhängig zu machen, und zwar durch den Bau eines eigenen Hafens. Die einzige Waffe, die uns in dem Kampfe mit Danzig verblieben, bildet das Inschachhalten dieser Stadt auf wirtschaftlichem Gebiet und Entgegenstellen eines polnischen Konkurrenten in Gestalt eines Hafens an unserer Küste. Als einziger Ort kommt Odingen hierfür in Frage, woselbst die Vorsehung uns für den Bau eines eigenen Hafens solche günstigen Bedingungen geschaffen hat. Man muß sie nur ausnutzen, man muß nur wollen. Gern spricht, schreibt und träumt man von „unserer" Ostsee, aber man muß auch etwas tun, damit sie auch wirklich die „unsere" wird, andernfalls wird dieses Wort zu einer geschmackvollen Ironie.

—:—

Deutsches Reich.

Einigung über den Wahlkampf in der Karwoche. Nachdem der Reichsrat gegen das auf deutschnationale Anregung an seinem letzten Sitzungstage vom bisherigen Reichstag beschlossene Gesetz zur Befriedung der Karwoche Bedenken erhoben hat, ist die Deutsche Volkspartei an die übrigen Parteien, die das Gesetz angenommen hatten, herangetreten, um im Wege direkter Vereinbarung das mit dem Gesetzesvorschlag beabsichtigte Ziel zu erreichen. Es steht zu erwarten, daß die Parteien dieser Anregung der Deutschnationalen Volkspartei Folge geben werden.

Schwarzrotgoldene Fahnen in München beschlagnahmt. Nach einer Feier des Republikanischen Reichsbundes bewegte sich am Sonntag vormittag in München ein großer Demonstrationszug unter Mitführung schwarzrotgoldener Fahnen in das Stadtinnere. Der Zug wurde von der Landespolizei aufgelöst, einige widerspenstige Teilnehmer wurden verhaftet und die Fahnen beschlagnahmt.

Wer die Regierungen berät. Der preußische Innenminister Severing wird in den wichtigsten Ringen beraten von folgenden jüdischen Beamten: Ministerialdirektor Dr. Abegg, Leiter der Polizeiabteilung des Ministeriums des Innern; Dr. Weißmann, Staatskommissar für öffentliche Ordnung; Dr. Weiß, Leiter der politischen Abteilung im Polizeipräsidium Berlin; Dr. Badt, Vortragender Rat und Dezernent in Verfassungsfragen, Regierungsrat Gosla, Vorstand der Pressestelle des preußischen Staatsministeriums; Käthe Rosenhain, Privatsekretärin, Empfangsdame.

Kein Rechtsschutz für den Landesverräter Quidde. Die Bemühungen um die Befreiung des Landesverräters Professor Dr. Quidde, Führers der deutschen Pazifisten, sind gescheitert. Die Dr. Quidde nahestehenden „Organisationen" haben sich mit den zuständigen Reichsbehörden in Verbindung gesetzt. Dort ist ihnen die Auskunft gegeben worden, daß das Reich amtlich von dem Münchener Vorgang nicht informiert wäre. Selbst im Falle der Information sei aber das Reich nicht in der Lage, einzugreifen, mit Rücksicht auf den bayerischen Ausnahmezustand, der das Sondervorgehen der bayerischen Staatsanwaltschaft gestattete.

—:—

Vermischtes.

Noch immer deutsche Kriegsgefangene in Rußland. In Tilsit ist der deutsche Kriegsgefangene Reiß aus Nürnberg eingetroffen, dem es gelungen ist, in mühevoller Fußwanderung aus der russischen Gefangenschaft zu entweichen. Er berichtet, daß in Grtowitzky noch weitere 17 deutsche Kriegsgefangene gewesen seien, als er den Ort verließ. Ein ehemaliger Kriegsgefangener aus dem Kreise Wehlau sagte bei seiner amtlichen Vernehmung aus, daß in Samara im Lazarett sich eine große Anzahl kriegsbeschädigter deutscher Kriegsgefangener befindet.

70. Geburtstag der Frau Krupp. In Verbindung mit der Bedeutung der Firma und des Hauses Krupp in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung, interessiert auch weite Kreise, daß die Gattin des im Jahre 1902 verstorbenen Friedrich Alfred Krupp, geb. Freien vom Ende, auf Villa Hügel, ihr 70. Lebensjahr vollendet hat. Ihr Vater war Oberpräsident von Hessen-Nassau und vordem Regierungspräsident in Düsseldorf. Aus dieser Zeit datieren die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Familien, aus denen die Ehe mit Friedrich Alfred Krupp im Jahre 1882 hervorging. Frau Friedrich Alfred Krupp ist sich ihr Leben lang ihrem Hauptwesenszug, ihrer inneren und äußeren Schlichtheit treu geblieben und hat sich mit ihrem stets auf das Praktische gerichteten Sinn auch in die Tradition des Hauses Krupp, namentlich in die ihres Schwiegervaters, dem sie besonders in seinen letzten Lebensjahren eine treue Tochter war, eingefügt. Die älteste der beiden aus der Ehe hervorgegangenen Töchter, die Haupterbin F. A. Krupp, vermählte sich im Jahre 1906 mit Herrn von Bohlen und Halbach, dem der Kaiser bei der Hochzeit auch die Führung des Namens Krupp gestattete, die zweite Tochter ist verheiratet mit dem Landrat a. D. Freiherrn von Wilmowski. Welch verständnisvolle Mitarbeiterin Frau Margarete Krupp ihrem Gatten bei seinen sozialen Schöpfungen war, zeigen am besten ihre eigenen segensreichen Stiftungen. Der Kaiser zeichnete sie für ihr Wirken mit dem seltenen Wilhelmsorden aus und die Stadt Essen verlieh ihr das Ehrenbürgerrecht.

Ein englischer Dampfer als Alkoholschmuggler. Der englische Dampfer „Orduna" von der Royal Mail Steamship Linie ist bei der Ankunft im Neuyorker Hafen, sobald er im North-River vor Anker gegangen war, von Beamten der amerikanischen Regierung beschlagnahmt worden. Dem Dampfer wird Verletzung der Zollgesetze, des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln und des Alkoholgesetzes vorgeworfen. Neun Offiziere und andere Mitglieder der Mannschaft sind festgenommen und erst gegen Bürgschaft freigelassen worden. Das Schiff wurde von einer großen Anzahl von Beamten durchsucht, die Branntwein und Morphium im Werte von 10 000 Dollars beschlagnahmten.

Schiffbruch auf hoher See. Während des letzten Sturmes an der Atlantischen Küste ist der Dampfer „Santiago" von der Ward Linie in schwere Seenot geraten. 25 Mann der Besatzung haben das Schiff in sinkendem Zustande verlassen und treiben jetzt auf kleinen Rettungsbooten auf dem Ozean um-

her. Der Vorfall hat sich in der Nähe Kap Hatteras abgespielt und es ist jetzt von Norfolk aus der Marinekutter „Manning“ mit größter Beschleunigung dorthin abgesandt worden, um womöglich die Schiffbrüchigen aufzufinden und zu retten.

Eine gefährliche Räuberbande. Eine größere Anzahl von Personen aus der Umgebung von Hanau hatte am 26. Oktober vorigen Jahres den Eilgüterwagen eines in voller Fahrt befindlichen Personenzuges auf der Strecke Aschaffenburg—Hanau beraubt und die Beute, als der Zug durch eine Waldstrecke fuhr, hinausgeworfen. Den Eisenbahnräubern waren wertvolle Güter in die Hände gefallen. Vor der Strafkammer Hanau hatten sich wegen Beteiligung an diesem Ueberfall 19 Personen zu verantworten. 14 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen von 5 Jahren Zuchthaus bis zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

—:—

Hausbesitzertag in Belgard.

Zwei Fragen von ausschlaggebender lebenswichtiger Bedeutung beschäftigten am Sonntag die zahlreich besuchte Vertreterversammlung des Bezirksverbandes der städtischen und ländlichen Haus- und Grundbesitzervereine im Regierungsbezirk Köslin, galt es doch, zu den bevorstehenden kommunalen und politischen Wahlen Stellung zu nehmen. Entgegen dem Ausspruch des preußischen Wohlfahrtsministers, daß die Wohnungszwangswirtschaft sich „bewährt“ habe, dürfte heute weit über den Rahmen der Hausbesitzer hinaus Klarheit bestehen, daß die Wohnungsgesetzgebung das Wohnungselend nicht nur nicht beheben kann, sondern daß sie im Gegenteil geeignet ist, dieses Elend zu verewigen und zu verschärfen, und daß sie darüber hinaus Reich, Staat und Gemeinde durch Beseitigung leistungsfähiger Steuerzahler und durch Lahmlegung des gesamten mit dem Baumarkt in Verbindung stehenden Gewerbes auch dem Volke, insbesondere der Arbeitnehmerschaft, schweren wirtschaftlichen Schaden zugefügt hat.

Gleichzeitig hat sich auch die Erkenntnis durchgerungen, daß die gesamte Wohnungszwangsgesetzgebung unter dem Vorwande des Mieterschutzes und der Wohnungslosenfürsorge lediglich besitzfeindliche, mit bodenreformerischen Schönrednereien nur spärlich verhüllte Ziele verfolgt. Dies zeigt sich besonders in dem vom deutschen Mieterbund, Dresden, eingereichten Volksbegehren, das einen glatten „gesetzlichen“ Raub des Eigentums anstrebt.

Demgegenüber muß der Hausbesitzer im eigenen und im wohlverstandenen öffentlichen Interesse den sofortigen und entschlossenen Abbau der Zwangswirtschaft fordern. Insbesondere wird durch eine planmäßige Anpassung der Löhne und Gehälter die Rentabilität des alten Wohnungsbestandes zu sichern sein, die allein dem Hausbesitzer die Mittel an die Hand gibt, die unter dem Druck der Zwangswirtschaft verwahrlosten Gebäude wieder in den Friedensstand zu versetzen, und die allein das Kapital zur Finanzierung von Neubauten anzuregen vermag. Die Erfahrung hat genugsam gelehrt, daß durch behördliche Bauten allein die Beschaffung des erforderlichen Wohnraumes unmöglich ist.

Demgemäß fordern wir für den Hausbesitz in den kommunalen Körperschaften unter Anlehnung an das Steinsche Prinzip eine der volkswirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung des Hausbesitzes entsprechende Vertretung durch mindestens die Hälfte der Stadtverordneten. Wenn auch zur Vermeidung schädlicher Zersplitterung, die nur den gegnerischen Kräften dienen würde, von der Aufstellung eigener Hausbesitzerlisten grundsätzlich abgesehen werden soll, so verlangen wir auf den örtlichen Block- bezw. parteipolitischen Wahlvorschlägen zu den Stadtverordnetenwahlen unbedingte Berücksichtigung der dem Grundbesitz zukommenden Stellung. Wo dies etwa nicht gelingen sollte, sind eigene Hausbesitzerlisten unbedingt aufzustellen

In den Parlamenten, insbesondere im kommenden Reichstag, suchen wir Anschluß an große politische Gruppen, die gewillt sind, dem Grundsatz „Eigentum ist Recht und nicht Diebstahl“ zum Durchbruch zu verhelfen. Das Verhalten der Parteien, insbesondere auch die Stellungnahme auf dem letzten Parteitag des Hausbesitzes, hat gezeigt, daß lediglich die Deutschnationale Volkspartei und die Wirtschaftspartei für diesen Grundsatz restlos eingetreten, Nach Lage der politischen Machtverhältnisse kommt im Regierungsbezirk Köslin demnach nur die Deutschnationale Volkspartei als Interessenvertretung für die Hausbesitzerorganisationen in Frage. Demgemäß soll diese Partei ersucht werden, einen entsprechenden Vertreter des Hausbesitzes an aussichtsreicher Stelle auf die Vorschlagsliste zu setzen.

Nicht gegen die Wirtschaft richtet sich unser Kampf, sondern lediglich gegen die bisherige planmäßige Enteignung und Vernichtung des Besitzes an sich, nicht zum wenigsten im Interesse der Mieterschaft, der Wohnungslosen und Kinderreichen, des gesamten Gewerbes und der von ihm beschäftigten Arbeiterschaft, kurz im wohlverstandenen Interesse eines volkswirtschaftlichen Wiederaufbaues und des Allgemeinwohles.

Zwei entsprechende Entschließungen wurden in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

—:—

Stadt. Kreis. Provinz.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten in Goldmark: Butter 1,60, Schweinefleisch 0,60—1,00, Rindfleisch 0,80—1,20, Kalbfleisch 0,80—1,20, Hammelfleisch 0,80—1,00, Plötze 0,35, Stint 0,25, Weißkohl 0,15, Rotkohl 0,30, Wirsingkohl 0,25, Wruken 0,05, Kohlrabi 0,10, Zwiebeln 0,20, Aepfel 0,40—1,00, Mandarinen 0,80 das Pfund, Eier 0,10, Aepfelsinen 0,10 bis 0,20 das Stück.

Stolper Ferkelmarkt. Auf dem heutigen Ferkelmarkt wurden 136 Ferkel umgesetzt. Der Preis betrug für bis 6 Wochen alt Tiere 20—27 Mark. Das Geschäft war flott und blieb nur kleiner Ueberstand.

Verbotener Viehauftrieb. Der Auftrieb von Klauenvieh auf dem am 20. März 1924 in Rügenwalde stattfindenden Viehmarkt ist verboten.

Wieder eingestellt hat sich der als vermißt gemeldet, an Krämpfen leidende Maurer Willy Albrecht.

Teilweise Verbilligung der Wochenfahrkarten. Um den Arbeitnehmern, die infolge der Wohnungsnot zu täglichen Fahrten über weitere Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort gezwungen sind, die Fahrkosten erträglicher zu machen, wird die Deutsche Reichsbahn die Preise der Wochenkarten, zugleich aber auch diejenigen der Monats- und Schüler-Monats-Karten, sowie der Kurzarbeiter-Wochenkarten im Fernverkehr vom 1. April d. Js. ab auf eine Entfernung von mehr als 10 Kilometer staffelförmig ermäßigen. Bei einer Entfernung von z. B. 30 Km. wird eine Ermäßigung von einem Viertel des jetzigen Zeitkartenpreises eintreten.

Von der Volkshochschule. In der Abteilung „Kunst und Literatur“ wird ein interessanter Lichtbilder-Vortrag geboten werden. Pastor Lic. Steffen will in c. 3 Abendstunden, beginnend am Montag, den 24. d. Mts. abends 8 Uhr, in Zimmer Nr. 15, Gymnasium, die neuesten Forschungen über Darstellungen des „Kruzifixus“ einem interessierten Hörerkreis vermitteln. Die Vorträge können auch einzeln besucht werden, doch empfiehlt sich vorherige Eintragung für den Cyklus. Karten im Volkshochschulbüro, Gymnasium Zimmer Nr. 9.

Schlawe. Begnadigter Mörder. — Die „Schlawer Ztg.“ teilt folgendes mit: In Beantwortung mehrfacher in letzter Zeit an uns gerichteter Anfragen, was mit dem s. Zt. wegen vorsätzlicher Ermordung des Landjägers Hensel zum Tode verurteilten Mörder geschehen ist, sind wir heute in der Lage mitzuteilen, daß Reichspräsident Ebert im Gnadenwege das Urteil aufgehoben hat.

Stargard. Bestrafte Münzverbrecher. — Im November und Dezember 1923 waren in Berlin, Stettin, Altdamm und Stargard eine Reihe gefälschter Zwischenscheine der Dollar-Schatzanweisungen des Deutschen Reiches über 2,10 Goldmark (einhalb Dollar) in den Verkehr gebracht worden. Den Bemühungen der Kriminalpolizei war es gelungen, die Verausgeber der falschen Zahlungsmittel hier in Stargard am 27. Dezember in der Person des Buchdruckers Adolf Kleinschmidt aus Berlin und seiner Geliebten, Buchbinderin Emilie Rosenow aus Berlin, zu ermitteln und dingfest zu machen, sowie auch eine größere Anzahl falscher Scheine und einen Nummern-Stempel zu beschlagnahmen. Die Angeklagten hatten sich jetzt vor der hiesigen Strafkammer 1 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jürgens zu verantworten. Das Gericht verurteilte Kleinschmidt als den Hauptbeschuldigten zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren 4 Monaten, 8jährigem Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht, während der Angeklagten Rosenow als der Verführten mildernde Umstände zugebilligt und nur eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren auferlegt wurde.

Stettin. Vom Zuge getötet — Gestern früh wurde auf dem Bahnhof Finkenwalde der Architekt Edmund Dittmar, in Podejuch wohnhaft, überfahren und getötet. Als in der Nacht zum 18. der Zug Stettin—Stolp 12,53 Uhr die Station Finkenwalde verließ, wurde er plötzlich durch die Notbremse zum Stehen gebracht. Die herbeieilenden Beamten stellten fest, daß unter einem Wagen dritter Klasse ein Reisender lag, der Lebenszeichen nicht mehr von sich gab. Da der Tote keinerlei äußerliche Verletzungen aufwies, wird angenommen, daß er zwischen Trittbrett und Bordschwelle geraten und durch einen heftigen Stoß getötet worden ist.

Swinemünde. Die Einführung der Getränkesteuer haben die Stadtverordneten, wie schon im vorigen Jahre, auch jetzt wieder vertagt.

Neuwarp. Ertrunken. — Der bei der Oberförsterei Rieth beschäftigte 28jährige Buchhalter Fritz Slupek, gebürtig aus der Anklamer Gegend, brach beim Schlittschuhlaufen unweit des Zieles ein und ertrank. Der Verunglückte war hier gewesen und hatte abends 7 Uhr den Rückweg angetreten. Hierbei hat er den Kurs zu weit links genommen und ist in den offenen Mühlenbach, die sogenannte Bek, geraten, wo er den Tod fand. Die Nachforschungen förderten ihn am Morgen als Leiche zutage. Da er aufrecht stehend, die Hände in den Manteltaschen, gefunden wurde, ist anzunehmen, daß er einem Schlaganfall erlegen ist.

—:—

Sport und Spiel.

Gaumeisterschaftswettkämpfe im Geräteturnen veranstaltete der Hinterpommersche Turngau am Sonntag in Lauenburg. Solche vor der Oeffentlichkeit durchgeführten Wettkämpfe verfolgen den doppelten Zweck, für die deutsche Turnerei zu werben, Verständnis und Anerkennung für sie zu erwecken, und den Turnern selber Anregungen für ihre weitere turnerische Arbeit zu geben. Beides wurde in Lauenburg voll erreicht. Der große Saal des Schützenhauses war fast bis auf den letzten Platz gefüllt, und die Zuschauer verfolgten die Uebungen mit größtem Anteil bis zum Schluß; das bedeutet recht viel, denn die Kämpfe dauerten etwa 4 Stunden. Die am Wetturnen beteiligten und die zuschauenden Turner hatten Gelegenheit, manch Neues zu lernen; besonders am Pferd wurden von Wendt (Lauenburg Jahn) und von Peth (Solpmünde) Uebungen gezeigt, wie man sie im Hinterpommerschen Turngau lange nicht gesehen hat. Als Pflichtübungen waren an allen Geräten die Uebungen vorgeschrieben, die zum 14. Pommerschen Kreisturnfest für den Zwölfkampf der Oberstufe ausgeschrieben sind, also Uebungen, die auf die Leistungsfähigkeit der allerbesten pommerschen Turner zugeschnitten sind, Darnach sind die Ergebnisse recht gut zu nennen. An den Kämpfen beteiligten sich 8 Turner. vom M. T. V. Lauenburg 1882, 7 vom Turn- und Fechtverein Lauenburg, 3 vom T. V. Stolp 1861 und 1 vom T. V. Stolpmünde. Meister im Zehnkampf wurde Wendt (Lauenburg Jahn) mit 252 Punkten (300 waren erreichbar), Meister am Reck wurde Grün (Lauenburg 1882) mit 72, am Barren Wendt (Lauenburg Jahn) mit 76, am Pferd Wendt (Lauenburg Jahn) mit 83 von 90 erreichbaren Punkten. Außerdem errangen einen Sieg im Zehnkampf Grün (Lauenburg 1882) mit 223, Peth (Stolpmünde) mit 216 und Oppat (Lauenburg 1882) mit 212 Punkten, am Reck Oppat mit 70, Wendt mit 67 und Peth mit 65 Punkten, am Barren Peth (Solpmünde) und Janz (Lauenburg 1882) mit 69, Polzin (Lauenburg 1882) mit 67, Oppat mit 65, Grün mit 62und Ellwitz (Stolp 1861) mit 61 Punkten, am Pferd Peth mit 66 und Grün mit 64 Punkten.

—:—

Letzte Meldungen.

Einspruchsrecht der Beamten gegen die Entlassung.

Berlin, 18. März. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß den Beamten gegen die Entlassung aus dem Reichsdienst ohne die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand auf Grund der Personalabbauverordnung grundsätzlich ein Einspruchsrecht eingeräumt werden soll. Dieses Einspruchsrecht soll auch für die bereits durchgeführten Entlassungen gelten, soll aber nur den Beamten, nicht auch den Angestellten zustehen. Nähere Einzelheiten werden durch die einzelnen Ressorts noch bestimmt werden.

Keine Abrüstung in England.

London, 18. März. Zum Beginn der gestrigen Unterhaussitzung erbat die Regierung die Bewilligung eines Kredites von 18 Million enPfund Sterling zur Entlohnung der englischen Armee. Bei dieser Gelegenheit brachte der Arbeiterabgeordnete Ayles einen Antrag ein, die Armee von 161 000 auf 100 000 Mann herabzusetzen. Nach längerer, ziemlich erregter Debatte wird der Antrag mit 347 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Handelsnachrichten.

Der Dollar 4 200 000 000 000

(unverändert)

Goldmark = 1 Billion

	18. 3. G.	18. 3. B.	17. 3. B.
	(In Billionen Mark)		
100 holländische Gulden	155,71	156,49	156,69
1 argentinischer Peso	1,49	1,41	1,40
100 belgische Franken	17,26	17,34	16,94
100 norwegische Kronen	56,86	57,14	57,24
100 dänische Kronen	65,04	65,36	65,36
100 schwedische Kronen	110,72	111,28	1 1,28
100 Danziger Gulden	72,01	72,39	72,39
100 italienische Lira	18,05	18,15	18,15
1 englisches Pfund	18,00	18,09	18,09
1 Dollar	4,19	4,21	4,21
100 französische Franken	21,05	21,15	20,65
100 schweizerische Franken	72,52	72,93	73,18
100 spanische Peseten	52,37	52,63	54,34
100 tschechische Kronen	12,21	12,29	12,29
100 000 österreichische Kronen	6,08	6,12	6,12

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 168-175, Pomm. —.— Roggen Märk. 135—147, Pomm. —.— meckl. —.— westpr. —.— Braugerste 168-190, Futtergerste 151-161, Hafer Märk. 117—125, Pomm. 115—123.

Weizenmehl 25,40—27 25, Roggenmehl 21,50—23,75, Weizenkleie 11—11 20, Roggenkleie 8,90—9. Raps 390—310, Leinsaat 410-415, Viktoriaerbsen 28-29, Kleine Speiseerbs. 18-18,50 Futtererbs. 14-14,50 Peluschken 12-13 Ackerbohnen 15,00-16,00 Wicken 14,00-15,50 Lupinen blaue 13—14, gelbe 16—16,50 Seradella 14—15, Rapskuchen 11,80 bis 12, Leinkuchen 23-24, Trockenschnitzel 8,90. Vollwertige Zuckerschnitzel 17—22, Kartoffelflocken 19,70—19,80

Heu und Stroh. (Amtlich.) Drahtgepr. Weizen- und Roggenstroh (Quadratballen) 0,80—1,00, Drahtgepr. Haferstroh (Quadratballen) 0,70—0,80, Drahtgepr. Gerstenstroh (Quadratballen) 0,60 bis 0,80, Roggenlangstroh (mit Stroh gebündelt) und bindfadengepr. Weizen- und Roggenstroh verschieden je nach Frachtlage, Häcksel 105-1,20 handelsübliches Heu, gesund und trocken, (nicht über 39 Prozent Besatz mit minderwertigen Gräsern) 1,05—1,25, gutes Heu gesund und trocken, nicht über 10 Prozent Besatz) 1,60 — ,80 Mielitzheu lose 0,90-1, Kleeheu lose 2,30-2,70. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen, frei Waggon, für den Berliner Markt für 50 Kilo in Goldmark.

Berliner Kartoffelnotierung: Weiße und rote 2, gelbfleischige 2,3 Goldmark.

Getreidenotierung an der Stettiner Produktenbörse vom 18. März. Roggen, inl. 137—138 (behauptet), Weizen, inl. 173—175 (fester), Hafer 128—129 (fester), Braugerste 185 bis 195 (fester).

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 18. März 1924. 1. Qualität 1,80 Goldmark.

Tendenz: ruhig.

Kleinhandelspreise der pommerschen Molkereien (ausgenommen Groß-Stettin), mitgeteilt vom Pommerschen milchwirtschaftlichen Landesverband in Stettin,

für Vollmilch 18—21 Goldpfennige je Liter, für Butter eigener Erzeugung: 1,98—2,10 Goldmark je Pfund, für zugekaufte Butter: Einstandspreis zuzüglich Kleinhandelszuschlag.

Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volksküche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volksküche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegengenommen werden.

Die städt. Volksküche

Reitbahn, Fernruf 1009.

F. W. Feiges Buchdruckerei

Stolp i. Pom.

Drucksachen

in ein- und mehrfarbiger Ausführung für Handel- und Gewerbetreibende sowie Behörden, Private u. Vereine

Das Schwert von Thule.

Roman von Leontine von Winterfeldt-Platen.

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ei, wie lange habe ich Euch nicht mehr gesehen, Heilwig! Ihr habt Euch in der letzten Zeit schön erholt und seid aufgeblüht wie ein Märlein. Hat das die Seeluft von Kummerow getan?"

Er merkte in seiner Freude nicht, daß sie blaß geworden war und schwer atmete.

„Und was soll all das Tannengrün, das Ihr da im Arm habt, Heilwig?"

„Es ist zur heiligen Weihnacht für die Burgkapelle", sagte sie leise und wollte an ihm vorübergehen.

Aber er vertrat ihr fröhlich den Weg.

„Ihr dürft nicht gar so eilig sein, Heilwig, für die Kapelle ist noch immer Zeit. Fragen wollte ich Euch im Auftrag von Frau Gödel und Brigitte Alvensleben, ob Ihr zum Fest nicht herüberkommen wollt nach Wolde. Dieweil es just die frohen Tage so einsam sei für Euch hier."

Er stand dicht vor ihr und seine dunklen Augen forschten in ihrem Gesicht.

Sie sah an ihm vorüber, und es war etwas Starres in ihren Zügen.

„Ich wollte Euch schon jeden Tag bitten, Herr Otto, nun es mir wieder gut geht, mir zu helfen, daß ich bald heimkomme zu den Meinen. Dieweil sie in Sorge sein werden um mich und ich keine Zeit mehr verlieren darf."

Er hatte die Stirn in Falten gezogen und gab keine Antwort. Es war, als dächte er nach, was er sagen sollte. Endlich hob er den Kopf.

„Ich sagte Euch schon einmal, Heilwig, daß jetzt kein Reisen sei für Frauensleute. Dieweil das Kriegsvolk alle Landstraßen unsicher macht in Mecklenburg und Pommern."

Sie sah ihn groß und fest an.

„Und dennoch muß ich reisen. Was auch kommen mag. Zur Not gehe ich nicht nach Rostock, sondern nach Demmin. Das ist nimmer weit von hier."

Er sah verwundert in ihr Gesicht.

„Nach Demmin? Wohnt dort auch jemand von Eurer Sippe? Das habt Ihr mir noch nie erzählt."

Sie mied seinen Blick und sah auf das weite, blaue Wasser.

„Dort wohnt mit seiner alten Mutter Herr Fridolin Lämmerzahl, so ich anverlobt bin."

In seinem harten, braunen Gesicht hatte keine Muskel gezuckt. Nur einen Schritt trat er zurück von ihr.

„Ich dachte es mir. Denn Ihr spracht schon im Fieber davon. Aber anders als jetzt. Warum ist Lämmerzahl nimmer gekommen die ganze Zeit und hat Nachfrage gehalten nach Euch?"

Sie zuckte die Achseln.

„Er wird nimmer gewußt haben, wo ich bin, Herr Otto."

Der lachte laut und hart.

„Dabei weiß jedes Kind in Mecklenburg und Pommern, daß Herzog Bogislavs Ueberfall bei Kummerow gewesen. Aber hier hat niemand gefragt nach Euch."

Heilwig nickte.

„Er sah mich vielleicht mit meiner Wunde blutend liegen und dachte, ich wäre nimmer am Leben."

Jetzt knirschte Herr Otto mit den Zähnen, daß es klang, als sei ein wildes Tier im Zorn.

„Und hätte er Euch gesehen in Eurem Blute, so hätte es ihm noch viel weniger Ruhe lassen dürfen bei Tag und Nacht. Hätte er das gesehen, von Ort zu Ort wäre er gezogen und hätte geforscht nach Eurem Verbleib. Nein, nein, Heilwig, der Mann kann nicht mehr leben, sonst hätte er längst Euren Aufenthalt erkundet."

Da legte sie die Hände ineinander wie ein bittend Kind und sah ihn an.

„O, Herr Otto, so helft Ihr mir, die Wahrheit zu erfahren. Verschafft mir sicheres Geleit nach Demmin, damit ich wisse, was mit ihm sei."

Er sah die Angst und Not in ihren Augen und daß alles Rot gewichen war aus ihren Wangen.

Dicht an ihrem Ohr war seine heiße, zitternde Stimme: „Liebt Ihr ihn denn so sehr, Heilwig, daß Ihr also in großer Angst seid um ihn?"

In Todesangst hatte sie sich losgerissen und war zurückgewichen in den tiefen Schnee.

„O, fragt mich nicht, Herr Otto, fragt mich nicht! Nur das eine weiß ich, daß ich ihm mein Wort gab, um einer anderen willen. Das muß ich nun halten, bis in den Tod."

In schweren, kurzen Stößen ging sein Atem.

„Ich laß Euch nicht fort von hier, Heilwig. Nicht nach Demmin und nach Rostock. Dieweil ein Leiden in Euch ist, wenn Ihr nur daran denkt. Oder meint Ihr, ich sei blind? Meint Ihr, ich hätte Euer wehes Flehen nimmer gehört, als Ihr damals im Fieber lagt? Sie haben Euch umsponnen mit List und Hinterlist, die habgierigen Krämerseelen in der Stadt. Aber bei Gott! Es hat Otto Maltzan ein gutes Schwert, das wird all das Gespinst durchschneiden, so Eure Seele verdunkeln will!"

Er hatte drohend gesprochen und mit der Linken an den Schwertknauf gefaßt, der im Gürtel stak. Da flammte auch ihr Stolz auf, und sie raffte sich zusammen.

„Es hat mich niemand umsponnen mit List und Habgier, Herr Otto. Freiwillig gab ich mein Wort. Und wie ich es gab, so muß ich es lösen. Und wollt Ihr mir kein Geleit geben, so suche ich allein den Weg. Denn ich muß Gewißheit haben über Fridolin Lämmerzahls Schicksal."

Da lachte er. Aber seine Augen brannten in Zorn und Not.

„Versucht es, Heilwig, wie weit Ihr kommt. Die Straßen und Wege liegen tief voll Schnee, wo kein Kriegsvolk in den Wäldern haust, da tun des Wolf und Bär. Ihr werdet nimmer weit kommen, ich gebe heute noch Befehle aus bei Knecht und Gesinde, daß, wer Euch findet auf Maltzanschem Land, Euch fängt und zu rückbringt zu mir."

Sie sah ihn lange und traurig an.

„Das dürft Ihr nicht, Herr Otto. Dieweil Ihr einstmals selbst sagtet, daß ich frei und nimmer Eure Gefangene sei."

Da sprang es wie jähe Glut über sein Gesicht, als schäme er sich. Und dann sagte er rauh, fast unbeholfen:

„Man muß Euch zu Willen sein. Heilwig. Und ihr sollt Gewißheit haben über den — den Lämmerzahl. Ich reite morgen selbst nach Demmin und bringe Euch Bescheid."

An ihr vorüber ging er dann steil und aufrecht und mit hartem, verschlossenem Gesicht dem Hochwald zu.

Ganz still raffte Heilwig ihre Tannenzweige zusammen, ganz still und langsam ging sie gesenkten Hauptes zur Burg zurück.

Es war die Wintersonne derweil hinter grauen Schneewolken versunken.

Es war am Nachmittag desselben Tages. Heilwig war still und ernst der Vogtin zu Hand gegangen, denn es gab noch viel zu tun zum Fest. Jetzt kam die Alte aufgeregt in die Kammer gehumpelt, wo Heilwig am Spinnrad saß.

„Nun schicken sie Botschaft aus Wolde her, daß sie noch Fische haben wollen sogleich. Es sind doch die Fischkästen auf dieser Seite fast leer. Nur am Nordufer des Sees hat der Vogt die großen, vom letzten Fang alle verstaut. Wenn er doch heimkäme vom Gejagd mit Herrn Otto zusammen. Dieweil der Fischknecht krank liegt und nimmer hinausfahren kann."

Heilwig schob das Spinnrad beiseite und stand auf.

„Wo ist der Schlüssel, Vogtin? Ich will hinüberfahren ans andere Ufer und Euch von den Fischen holen."

Die Alte schüttelte langsam den Kopf.

„Das wird nimmer gehen, Frau. Denn die Fahrt ist lang und die Ruder sind schwer. Auch seid Ihr noch nicht kräftig genug von der Krankheit her."

Heilwig reckte ihre Glieder.

„Ich fühle mich stark und gesund, Vogtin. Und habe gerade viel Sehnsucht nach hartem Schaffen in freier Luft. Bin das Rudern gewohnt von Kind an, so daß es mir nimmer schwer fällt."

Da ließ sich die Vogtin bereden und sagte ihr Bescheid.

„Aber Ihr müßt Euch eilen, dieweil es früh dunkel wird. Doch stell ich Euch dann eine Leuchte an das obere Burgfenster, damit Ihr die Heimfahrt nicht verfehlt."

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Vermögensteuer für das Kalenderjahr 1924.

I. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:

1. alle im Bezirk des unterzeichneten Finanzamts wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständigen steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche),
2. juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts sowie alle Berggewerkschaften, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen, sofern sie den Sitz oder den Ort der Leitung im Bezirk des unterzeichneten Finanzamts haben, also insbesondere Erwerbsgesellschaften (wie Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften), Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, eingetragene Vereine, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, die Erwerbszwecke verfolgen (außer Gesellschaften bei denen die Gesellschafter als Unternehmer des Betriebes anzusehen sind, z. B. offene Handels- und Kommanditgesellschaften), Stiftungen, Anstalten und Zweckvermögen, wenn sie am 31. Dezember 1923 ein Vermögen von mehr als 5000 Goldmark besessen haben.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind ferner verpflichtet ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach § 3 des Vermögenssteuergesetzes mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen steuerpflichtig sind (beschränkte Steuerpflichtigte).

II. Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom **1. bis 15. April 1924** bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können vom 1 April ab von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich vor dem Finanzamt während der Geschäftsstunden von 9—12 Uhr abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig.

Die Abgabe der Steuererklärung bei dem unterzeichneten Finanzamt ist nicht erforderlich, soweit die unter I bezeichneten Personen die Steuererklärung bei einem anderen Finanzamt abgegeben haben.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Vermögenssteuer wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird ebenfalls bestraft.

Stolp, den 17 März 1924.

Das Finanzamt.

Achtung! Stadtwiesenpächter!

Am Montag, den 24. März cr., abends 7 Uhr findet im Lokal **Meseck, Sandberg** eine

Versammlung

zwecks Stellungnahme zur neuen Wiesenpacht statt.

Der Einberufer.

Gardinen-Handwäscherei- und -Spannerei

Schonendste Behandlung

Gewichtswäsche bei Naß- und Trockenlieferung

Trocknung auf der Rasenbleiche.

Erste Stolper Dampfwäscherei

Fernruf 806 **Schulz & Wendt** Amtsstraße 8.

Zum Klausner

(im Kaufmanns-Wallhaus)

liefert wie bekannt

ein gutes Mittagessen für 1 Mark.

Der Marine-Musik-Verein „Harmonie"

Leitung: Musikdirektor Jantsch, Friedrichstr. 56

übernimmt die Ausführung sämtlicher Musikaufträge in jeder gewünschten Besetzung unter Ausschaltung aller Tarife oder anderer Bevormundungen.

Bestellungen nimmt entgegen

der Geschäftsführer

E. Schoel jr., Langestr. 52 pt.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen den Journalisten und Weinbergbesitzer **Gustav Höft in Berlin N. W. 7,** geboren am 13. Juni 1881 in Kempendorf, Kreis Saatzig, wegen öffentlicher Beleidigung hat die 1. Strafkammer des Landgerichts in Köslin in der Sitzung vom 7 Juli 1923, an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Geh. Justizrat Urban, als Vorsitzender,
Landrichter Dr. Irmisch,
Gerichtsassessor v. Horn,
Gerichtsassessor Durbaum,
Gerichtsassessor Glischinski,
als beisitzende Richter,
Staatsanwaltschaftsrat Fitschen als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Justizsekretär Jonat als Gerichtsschreiber

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Beleidigung, nicht wegen verleumderischer Beleidigung zu 3 — drei — Monaten Gefängnis verurteilt. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt. Dem Regierungspräsidenten in Köslin, dem Oberregierungsrat Dr. Liebich und der Frau Oberamtmann Schmieder in Neuenhagen Kreis Schlawe wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten je einmal im Siedlerboten sowie in den in Köslin und Stolp erscheinenden Tageszeitungen innerhalb eines Monats nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils an die Genannten durch Einrückung der Urteilsformel bekannt zu machen.

gez Urban gez Dr. Irmisch
gez v. Horn.

Umzüge

von und nach allen Orten, sowie in der Stadt führt aus

Paul Schmidt, Bahnspediteur

Fernruf 67 u 68

Nr. 58

unserer Zeitung kaufen wir zurück.

Verlag der Zeitung „Stolper Post."

Lohnschnitt

übernehme jedes Quantum.

Kaufe kief. und eich Langholz in kleineren u. größeren Posten; desgl biete an Schnittmaterial, Balken, Kantholz, Latten (auch nach Liste geschnitten) sowie Kalk, Zement und andere Baumaterialien.

Paul Schulz

Baugeschäft und Dampfsägewerk

Amtsstraße 25/26.

Möbel

Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen

kaufen Sie,

da solche nur in bester, gediegener Ausführung,

am preiswertesten bei

Carl Völzke,

Friedrichstraße 2.

Gesichts Pausschlag

Mitesser, Flechten verschwinden meist in kurzer Zeit schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum morgens abwaschen und mit Zuckerseife nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Georg Ziemann in Stolp. Druck und Verlag F. W. Feige's Buchdruckerei in Stolp.